

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 151

Montag, den 30. Juni 1924.

48. Jahrgang

## Verantwortungsloser Optimismus.

Was ist das Ergebnis von Chequers und Brüssel? Sind da überhaupt „Ergebnisse“ zu verzeichnen oder gar zu „berichten“? Die Presse des Herrn Stresemann, allen voran die „Zeit“, gibt sich die größte Mühe, die deutsche Öffentlichkeit in solche optimistischen Illusionen zu wiegen. Wenn man von den Redensarten absteht, in die die englische und französische Presse das amtliche Communiqué entwickelt und aus der nur der je nach der Parteieinstellung verschiedene Wunsch als Vater des Gedankens spricht, so fällt auf, daß die Minister die materiellen Punkte, über die die Einigkeit hergestellt sein soll, nicht bestimmt feststellen. Die früheren Reden Macdonalds im Unterhause und die Regierungserklärung Herriots jedoch können darüber Aufschluß geben.

Zwei Fragen vor allem standen zur Entscheidung. Erstens: Die Sicherstellung der Erfüllung der Bestimmungen des Dawes-Berichts durch Deutschland. Die Minister scheinen einig darüber, daß diese Sicherstellung durch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, wie sie der Dawes-Bericht vorschlägt, erreicht werden soll; militärische Sanktionen dafür ungeeignete Mittel sind. Die Frage jedoch, ob und wann deshalb die militärische Besetzung der Sanktionsgebiete aufgehoben werden soll, ist durch diese Einigkeit der Minister noch nicht geklärt. Besonders Herriot, der Nächstbeteiligte, hat bisher vermieden, sich in irgendeiner Weise in dieser Frage der militärischen Räumung festzulegen. Auch die Frage der durch den Dawes-Bericht vorgesehenen wirtschaftlichen Räumung (Regie der Eisenbahn, Zölle und Steuern, Ricum) seitens der Franzosen durch Uebergabe der Kontrolle an die „Organisationen“ des Gutachtens ist noch unentschieden geblieben. Herriot soll sogar noch Vorbehalte bezüglich der „strategischen“ Bahnstrecken des Rheinlandes wegen der „Sicherheit der Besatzungsstruppen“ gemacht haben.

Zweitens: Die Sicherheit Frankreichs gegen zukünftigen deutschen Angriff. Die Minister scheinen darüber einig, daß die bisherige, vor allem französische Politik der Gewalt nicht länger fortgesetzt werden soll wegen ihrer vernichtenden wirtschaftlichen Folgen für ihre Länder. Die Frage des Beginns und des Ablaufs der Besatzungsfrist gemäß dem Versailles-Vertrage spielt hier hinein. Herriot kam der starken nationalistischen Opposition seiner Kammer gegenüber es nicht wagen, der Räumung einfach zuzustimmen. Er wünscht für die Besetzung eine militärische Konvention mit England und den anderen Entente-Staaten einzutauschen. Macdonald lehnte solche Bindung bisher ab und schlug dafür die „Neutralisierung“ der besetzten Gebiete unter dem Völkerbund vor. Diese Vöte Frankreich die Möglichkeit, das Mandat der Erfutworte zu übernehmen, also den größten Teil der französischen Truppen in dem besetzten Gebiete für immer zu belassen, und auch die Verpfändung deutschen Besitzes für die Leistungen nach dem Dawes-Bericht wären dadurch militärisch gesichert. Sie würde also eine „Lösung“ für beide Fragen bedeuten.

Beide Hauptfragen, deren Lösungsmöglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten hier angedeutet sind, stehen noch offen, bleiben noch weiterhin Gegenstand des diplomatischen politischen Ringens zwischen beiden Ministern. Wir brauchen hier dazu nur zu bemerken, daß dieses politische Ringen sich auch noch auf andere Fragen der Weltpolitik erstreckt, um klar zu machen, daß auf beiden Seiten durch Verweigerung und Entgegenkommen, durch Kompromisse noch mancherlei neue Motive für die Regelung der angeführten europäischen Hauptfragen in Betracht kommen können. Auch die Stellung Amerikas zur Frage der interalliierten Schulden spielt hier hinein und kann hemmend wirken. Irgendeine Entscheidung über die genannten beiden Fragen ist jedenfalls noch nicht gefallen. Und nach den ausländischen Pressestimmen scheint es auch mehr als ungewiß, ob sie in der Londoner Konferenz des Juli fallen wird.

Macdonald und Herriot Ziel ist daher zunächst nur die Durchführung des Dawes-Berichts. Die darüber zwischen beiden noch strittigen Punkte, die sich nur auf die wirtschaftliche Räumung beziehen können, sollen im Juli geklärt und ein Schlußabkommen darüber vereinbart werden. Deutschland wird wohl nur zu dessen Unterzeichnung eingeladen werden. Ob die militärische Räumung später in einer zweiten Konferenz oder gelegentlich der Völkerbundstagung in Genf im September beraten und vereinbart werden wird, steht noch dahin. Wahrscheinlich ist es, daß beide Minister sich aus diesem Grunde zur gemeinschaftlichen Teilnahme an Genf verabredeten.

Das ist das Ergebnis von Chequers, der moralische Pakt, die Wiederherstellung der Entente: die Einigkeit, den Dawes-Bericht durchzuführen und Deutschland durch mehr oder weniger sanfte Ueberredungskunst zur Unterzeichnung zu bringen, wobei weniger sanfte denn brutale Ueberredungskunst die

Entwaffnungsnoten der letzten Zeit und die Heze gegen die deutsche Heeresleitung sowie die nationale Bewegung dienen. Die Deutsche Regierung wird die in diesen Noten verlangte „letzte“ Kontrolle annehmen, um den Dawes-Bericht und die Konferenzen nicht zu gefährden. Aber die Presse der unentwegten Erfüllungspolitik, besonders die Zeit und die Vöze, wird weiter Hoffnungen rufen, bis auch dieser schwindelhafte Optimismus wieder als Seifenblase zerplatzt, bis die letzten deutschen Hoheitsrechte, das letzte deutsche Eigentum dahingegen wird, nur um in der Entwaffnung und in den Sanktionen Frankreich die Rolle des Völkerbundes statt der Poincarés spielen zu sehen, denn eigentlich wird trotz aller Opfer alles beim alten bleiben.

Das ist das Ergebnis von Chequers und Brüssel, wie das des 4. Mai in Deutschland und des 11. Mai in Frankreich! —

## Annahme der Militärkontrolle.

Berlin, 28. Juni. Die Note an die Votschafertkonferenz über die Militärkontrolle ist endgültig festgestellt. Sie wird durch einen Kurier nach Paris gebracht und dort am Montag übergeben. Die Note enthält die glatte Annahme der Generalkontrolle. Es hat in den letzten Tagen eine Fühlungnahme zwischen der Regierung und den Kontrollinstanzen der Entente stattgefunden, aus der die deutsche Regierung die Zuversicht zu entnehmen glaubt, daß die notwendigen Vorbehalte von der Gegenseite auch ohne deren Erwähnung in der Note berücksichtigt werden. Die Note weist nachdrücklich darauf hin, daß Schädigungen der Industrie unterbleiben und daß die Mitglieder der Kontrollkommission sich eng an die Grenzen ihrer Vollmacht halten müssen. Es wird weiter die innerpolitische Belastung in der Kontrollnote erwähnt und dann noch vor allem darauf hingewiesen, daß die Behauptungen des Generals Nollet über große Waffenbereitungen in Deutschland falsch seien.

„Echo de Paris“ weiß weiter zu melden, daß die interalliierte Kontrollkommission in Berlin gestern einstimmig beschlossen hat, auf der Votschafertkonferenz die Wiederaufnahme der Militärkontrolle bis zum 15. Juli zu beantragen. Die Nachprüfungen würden eine ununterbrochene Kontrolle von vier Monaten erfordern; in jedem Bezirk würden ungefähr achtzig Kontrollbesuche vorgenommen werden müssen. Die noch kritischen Punkte würden dann von einem „engeren Komitee“ behandelt werden.

### Abhängig vom Völkerbunde.

Die Berliner Berichterstattung der französischen Presse bestätigt, daß die deutsche Regierung sich mit der Wiederaufnahme der Militärkontrolle einverstanden erklärt habe unter der Voraussetzung, daß die interalliierte Kontrollkommission demnächst durch eine numerisch beschränkte vom Völkerbund abhängige Körperschaft ersetzt werde. Die Arbeiten der Militärkontrolle werden also wieder aufgenommen werden, allerdings bestände, so meldet der Berichterstatter des „Echo de Paris“, Grund zu der Befürchtung, daß die deutschen Militärbehörden den Versuch machen werden, Zwischenfälle hervorzurufen, um die interalliierten Offiziere an einer völligen Durchführung der Kontrolle zu verhindern.

## Deutscher Reichstag.

### Die Notlage der Ausgewiesenen.

Berlin, 28. Juni.

Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt, daß die Privatklageverfahren der Bankiers Dr. Karl Melchior und Max Warburg in Hamburg gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Theodor Fritsch für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollen. Der Geschäftsordnungsausschuß hat demgemäß entschieden.

Abg. Henning (Nationalsoz.) erwidert, daß seine Freunde zu vielen Gerichten kein Vertrauen mehr hätten, da sie international versucht seien. Der Charlottenburger Amtsgerichtsrat Friedmann habe ihn sogar veranlassen wollen, das Hakenkreuz vor Gericht abzulegen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) nennt die Handlungsweise des Abg. Fritsch unanständig. Fritsch habe den beiden Hamburgern vorgeworfen, sie hätten in der Kriegszeit Schiebungen mit dem Auslande gemacht und nun soll er zu seinen Worten stehen.

Abg. Loebe (Soz.) hält den Nationalsozialisten vor, ihr Mißtrauen scheine sich nur gegen jüdische Richter, aber nicht auf jüdische Rechtsanwälte zu erstrecken. Sogar Wilhelm der Zweite lasse seine Eigentumsprozesse durch jüdische Anwälte führen.

Im weiteren Verlauf der Erörterung betonte der Abg. Roth (Deutschn.), er sei vom Staatsgerichtshof verurteilt worden, weil er einen Juden Jude genannt habe. Aus innerster Ueberzeugung halte er Rathenau für den größten Schädling des deutschen Volkes. (Tobender Lärm links.)

Abg. Brodau (Dem.) beantragt die Zurückweisung des Antrages an den Ausschuß. — Es muß Auszahlung erfolgen. Die Rückweisung wird mit 128 Stimmen der Mittelparteien und der Sozialdemokraten gegen 124 Stimmen beschlossen.

Einstimmig beschlossen wird die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlecht wegen der Teilnahme an einer Konferenz der in Bayern verbotenen kommunistischen Partei.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Korrell (Dem.) über die Notlage der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Vertriebenen. Verbunden damit wird ein Antrag des Zentrums auf Einsetzung eines Sonderausschusses zur Ueberwachung der Fürsorge für die aus dem besetzten Gebiet Vertriebenen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Nachprüfung der Richtlinien für die Betreuung der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Abg. Korrell (Dem.) schildert die drückenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ruhrkampfes. Der Redner fordert Beihilfen für Ausgewiesene, die gegenwärtig viel zu gering sind. Die Reichsbahn verweigere den Gemeinden des besetzten Gebietes in Hessen die Zahlung der Gemeindegrundsteuer, weil sie den Betrieb nicht ausführen. Die Städte mit großen Besatzungen und Behörden seien infolge der weitgehenden Verschleppung von Schulen mit der Durchführung des Unterrichts in großen Schwierigkeiten.

Abg. Effer (Ztr.) erinnert an Zusagen der Regierung, denen die Erfüllung oft gefehlt habe. Bedauerlich sei die bürokratische Verschleppung bei den Entschädigungen. Abg. Dr. von Dröbner (Dntl.) nennt Rhein und Ruhr den Zentralpunkt unserer Politik, das Schicksal des deutschen Volkes. Für die Rückkehr der Ausgewiesenen muß von den Wohltätigkeitsorganisationen und dem Reiche gemeinsam gesorgt werden. Abg. Soltmann (Soz.) spricht der französischen Demokratie Dank aus für ihre Kulturleistung der Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen. Die Annahme der Sachverständigen-Gutachten bedeutet noch keinen Frieden, nur einen Waffenstillstand.

Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoesle gibt zu, daß Ausnahmezustände auch Ausnahmebehandlung erfordern. Er teilt dann mit, daß General Dequotte verfügt habe, daß die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen, deren Zahl 142 000 beträgt, zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich ausgeführten Personen, meist höheren Verwaltungsbeamten. Der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Hilfeleistung des Reiches für die Bevölkerung des besetzten Gebietes entgegenstellten. Er geht dann auf die einzelnen Maßnahmen der Regierung ein und gibt der Erwartung Ausdruck, daß nach dem Abbau der Regie und Besetzung die Schäden schneller und wirksamer als bisher ausgeglichen werden können.

Abg. Florin (Komm.) behauptet, daß die französischen Militärs in erster Linie die Kommunisten im besetzten Gebiet verfolgen. Abg. Dr. Kalle (D. Vp.) dankt den Rheinländern für ihr treues Ausharren. Dem besetzten Gebiet dürfe nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat geholfen werden. Abg. von Ramin (Nat-Soz.) betrachtet es als eine Schande, daß Deutschland sich die unerhörten Gefangenen-Mißhandlungen im besetzten Gebiet immer wieder gefallen lasse. Abg. Dr. Bayerdörfer (Bayr. Vp.) beklagt die bürokratische Einstellung der Behörden zu den Leiden des besetzten Gebietes.

Damit schließt die Aussprache. Sämtliche Anträge werden einem neu zu bildenden Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen. In dritter Lesung angenommen werden die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland.

### Aufwertungsfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann neun Anträge aller Parteien, die Aufwertungsfragen betreffend.

Abg. Herget (Deutschn.) fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Es sei ungerecht, daß die Gläubiger, namentlich die Hypothekengläubiger, anscheinend die ganze Last des Krieges tragen sollen. An der dritten Steuernotverordnung sei die Regierung gescheitert und habe den Reichstag aufgelöst, aber die Gegner dieser Verordnung seien gestärkt in den Reichstag zurückgekehrt.

Abg. Dr. Herz (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Paragraphen 26 bis 32 der dritten Steuernotverordnung über die Miersteuer aufgehoben werden.





# Pflicht.

Erzählung von Elise Kraft.

Schluss. (Nachdruck verboten)  
Als sie endlich wieder die Augen aufschlug, farbte die Sonne bereits mit rotem Glut den Raum.  
Hatte sie so lange geschlafen? Ein Weilschen lag sie noch. Das tat so wohl, dieses stumme Schauen in das weiche Abendlicht. Es war so eine grüne, vom Weinlaub am Fenster, durch das scheidende Licht fiel, hervorgerufene traumverwonnene Dämmerung. Wie ein Heimatsgefühl überkam es Gerda. Man war so gut zu ihr in diesem Hause, und diese Güte umging ihr frierendes Herz, wie ein warmes Kleid.

Sing da eben nicht die Tür.  
Ja, Gretchens Mutter war ins Zimmer getreten. Wie die plötzlich lächeln konnte! Sie sah ungewohnt hübsch aus und ja — was hatte denn die Frau nur? Sie trat besangen an Gerdas Bett und strich ihr wie eine Schwester über den Arm.

„Haben Sie gut geschlafen? Wollen Sie jetzt aufstehen, Fräulein? Es — es ist schön draußen. Ich möchte wohl, daß Sie noch in den Garten gehen heute abend. In — in der Laube liegen.“

Frau Neumark stockte und wurde plötzlich dunkelrot. Gerda begriff das gar nicht. Genierte sich die Dame mit einem Male, ihr einen Befehl zu geben? Das war doch sonst nicht gewesen.

„Liegen die unreifen Stachelbeeren noch auf dem Tisch, die der Gärtner heute früh gepflückt hat. Ich möchte — möchte wohl, daß sie das Obst noch heute zurecht machen.“

Gerda erhob sich hastig. In ihrem zerknitterten, schwarzen Kleide wollte sie so, wie sie war, aus dem Zimmer gehen.

Frau Neumark hielt sie aber noch fest.

„Nein,“ meinte sie lächelnd, „so können Sie aber nicht hinaus, Sie sind ja vollständig in Unordnung geraten. Erst machen Sie sich mal ein wenig hübsch — so, das Haar, und die weiße Bluse zieh es an, die Ihnen so gut steht — mein

Mann sieht das so gern nachher beim Abendessen.“  
Warum stotterte denn Gretchens Mutter so schrecklich? Fühlte sie sich ihrem Fräulein durch die anstrengende Krankenpflege derartig verpflichtet, daß sie selbst ihre sonstige Art zu sprechen vergaß?

Gerda gehorchte aber. Sie büstete sich die bondon Haare, aus denen ja doch immer wieder das krause Gespinnst hervor sprang, und zog sich auch die helle Bluse über.

Dann ging sie zuerst zu Gretchen, das ruhig schlief. Als sie sich dann umwandte, um in den Garten hinunter zu kommen, stand auch Herr Neumark plötzlich neben seiner Frau. Er lachte froh und sah das junge Mädchen ordentlich verklärt an.

„Das wird ein Sommer, Fräulein — ich sage Ihnen, die Blüte in diesem Jahr — der ganze Garten leuchtet.“

Als Gerda die Treppe hinunterstieg, glaubte sie, das Ehepaar würde ihr folgen. Es war aber niemand hinter ihr.

Wie schwer Gerdas Füße waren! Und überall, wohin sie nun trat, Duft und Blüte. Unter hängendem Goldbregen, unter weißleuchtendem Jasmin schritt sie langsam über die Kieswege der Laube zu. Eigentlich mußte sie über die Art dieser Frau Neumark lächeln, mit der sie ihr Fräulein aus dem Schlaf zur Arbeit holte.

Stachelbeeren zurechtmachen! Eigentlich war das gar keine Arbeit. Da hatte ja sonst Gretchen schon mithelfen können.

Die Laube lag ganz versteckt in Bäumen und wilden Weinranken. Ein vereinzelter, letzter Sonnenstrahl huschte über den Eingang. Da mitten hinein trat das Mädchen und blieb auch im selben Augenblick zurücktaumelnd stehen.

Da liegen ja gar keine Stachelbeeren auf dem Tisch. Da stand ein Mann seitwärts vor der Bank, hielt den Hut in der Hand und hatte in dem zuckenden, toblassen Gesicht zwei braune Augen — zwei Augen —

„Heinz!“ schrie Gerda verstört auf, und noch einmal leiser, im ungläubigen Flüstern: „Heinz!“

Er neigte sich jäh. Er hielt sie am Herzen, ehe beide wußten, ob das nun auch so sein konnte, sein durfte, er nahm ganz erschüttert ihr Gesicht in seine Hände, das so schmal geworden war, so weiß in dieser langen Zeit der Sehnsucht.

„Wie schön bist du,“ dachte er dabei, „wie schön bist du, mein armes, tapferes Lieb!“

Er begann nun zu flüstern, als sie so regungslos in seinen Armen lag, zu erzählen von jener Stunde an, da sie ihm trotzig das Recht verweigert hatte, sie vor jedem Leide zu schützen. Wie auch er gekämpft hatte und doch nie und nimmer eine Frau Ingenieur hätte brauchen können, die nicht begriff, wie Liebe tut und was Liebe zu opfern imstande ist. Ob sie nun wohl gern käme? Ob sie nun wohl so einen simplen Mann haben wollte, mit dem heimfahren zur Mutter und dann hinaus in das kleine Haus mit dem roten Ziegeldach ziehen, mit einem Gärtchen darum, gerade wie ein Arbeiterhäuschen hat?

Sie antwortete nicht. Sie drückte sich nur fester in seine Arme.

Und als er sie küßte, wieder und wieder küßte, da wußte sie ganz genau, daß sie so eine Stunde höchstens, höchstens Glückes nie genossen hätte, wenn diese neun Monate der Arbeit und Pflicht nicht gewesen wären.

Drinnen aber in der Villa, am Bettchen des gesunden Kindes, sagte Herr Neumark sehr befriedigt zu seiner Frau:

„Da draußen in unserm Garten blüht nun wohl doch so ein Kraut der Vergeltung für Gretchens Fräulein auf, eine Wunderblume, Agnes.“

Sie nickte.

„Mir ist in meinem Leben eine Lüge nicht so leicht geworden — nun — nun wird sie wohl nicht mehr bei uns kleben — Gretchens Fräulein,“ setzte sie stotternd hinzu.

Er blickte ernst in das junge Gesicht seiner Frau:

„Nein, das wird sie wohl nicht, wenn ich richtig auf den Mann schlicke, der da heute so plötzlich nach ihr verlangt.“

— es gibt ja mehr Erzieherinnen.“

Frau Neumark wurde rot und beugte sich über ihr Kind.

„Ich — ich möchte wohl kein Fräulein mehr nehmen, der Krankheit überfah!“

„Mir auch,“ meinte der Mann aufatmend, indem er seine Frau leise auf die gesenkte Stirn küßte. „Da siehst du — Pflicht zeugt Liebe!“

— Ende. —

## Der billige Verkauf dauert weiter.

Beachten Sie bitte, meine Schaufenster

## Adolf Otto (früher Richard Haensch) Stolp i. Pom.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Verdingung.

Zur Verdingung der nachstehend bezeichneten Lieferungen und Leistungen

Klempnerarbeiten einschl. Materiallieferung

a) Stadtbau Haus 4 und 5 Goethestraße

b) Neunterheim, Südflügel

Ist Termin auf Sonnabend, den 5. Juli dieses Jahres, nachmittags 11 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathauses auseraumt, wo auch die Verkaufsunterlagen ausliegen bezw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können.

Angebote nebst Baustoffproben sind post- und bestellgeldfrei, verschlossen und gehörig bezeichnet spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt. Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolp, den 28. Juni 1924

Der Magistrat.

Die Chaußeegräben an der Stolpmünder Chauße kommen am

Mittwoch, den 2. Juli 1924, nachmittags 1/23 Uhr nochmals zur Verpachtung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Magistrat sich an das Höchstgebot nicht gebunden hält, sondern sich die Auswahl unter den Bietern ausdrücklich vorbehält. Treffpunkt Unterführung der Chauße.

Stolp, den 28. Juni 1924.

Der Magistrat.

### Ausnahmetag für Käse!

Mittwoch, den 2. Juli, verkaufen wir in sämtlichen Milchläden und in der Molkerei solange der Vorrat reicht) große vollfette Camembert zu 90 Pfg. d. Stck. vollfette Stolper Jungchen zu Mk. 1.— die Rolle (5 Stück)

Bestellungen werden bis Dienstag vormittags 9 Uhr erbeten.

Molkerei Stolp.

### Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Stolp und Umgegend erlaube ich mir hiermit ergebenst anzuzeigen, daß ich am 1. Juli d. Js. in meinem Hause

Mittelstr. 50 eine

### Wein- und Spirituosen-Handlung

en gros

eröffne.

en detail

### Frau Maria Scheffer

J. B. Walter Kühl.

Maschinen-  
Zylinder-  
Motoren-  
Zentrifugen-  
Auto-  
Leder-

Maschinen-  
Wagen-  
Leder-  
Huf-

# Oele Fette

Is. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.

### Umzüge

von und nach allen Orten sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahnhofsplatz 67 u 68

Wirfinnen  
Köchinnen  
Stubenmädchen  
Küchenmädchen  
Mädchen, die mollen können oder es lernen wollen, erhalten ständig kostenlos Stellung nachgewiesen durch den

Deffentl. Arbeitsnachweis für den Stadt- und Landkreis Stolp. Goldstraße 13.

### Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Vom 2. Juli d. Js. verkehren vom

Bahnhof Stolpmünde zum Strande

und vom

Strande zum Bahnhof Stolpmünde

zu jedem Zuge große Aremser.

Fahrgeld pro Person 20 Pfg. Auf Wunsch auch nach dem letzten Zuge von Stolpmünde nach Stolp bei genügender Beteiligung.

Fahrgeld pro Person 2.— Mk.

C. Daber.